



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verschwörungsmymen dekonstruieren und entgegentreten – Maßnahmenprogramm auf Landesebene

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Verschwörungsmymen haben in letzter Zeit stark an Zulauf gewonnen. Gerade in der Coronakrise ist die Empfänglichkeit vieler Bürgerinnen und Bürger für verschwörungsideologische Erzählungen noch einmal deutlich gestiegen. Dabei sind Verschwörungsmymen nichts Neues, nur verbreiten sie sich durch das Internet heutzutage viel schneller und sind in der Mitte der Gesellschaft anschlussfähiger geworden. Gegen die Verbreitung von kruden Verschwörungsideologien und die Gefahr einer Querfront aus verschwörungsideologischen und rechtsextremen Akteuren brauchen wir eine nachhaltige Strategie, welche die Vernetzungen der verschiedenen Akteure offenlegt und sachliche zivilgesellschaftliche Aufklärungsarbeit und Präventivangebote stärkt.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, aktiv gegen die Verbreitung von demokratiefeindlichen, antisemitischen und rassistischen Verschwörungsmymen vorzugehen.

Dabei geht es insbesondere um folgende Maßnahmen:

- Die Stärkung und den Ausbau von zivilgesellschaftlicher Aufklärungsarbeit und von Präventionsprojekten gegen die Verbreitung von demokratiefeindlichen, rassistischen, antisemitischen und frauenfeindlichen Verschwörungsmymen
- Ein Demokratieförderprogramm des Freistaates zur Bekämpfung von Verschwörungsmymen, Antisemitismus und Rassismus
- Die Förderung und Initiierung von Forschungsprojekten über die Verbreitung und die Inhalte von Verschwörungsideologien in Online-Communities sowie über neue Formen der Online-Radikalisierung und zu neuen Täterbiografien von (rechtsextremen) Terroristen und Gewalttätern
- Ein Ausbau der Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene zu Rechtsextremismus, Reichsbürgerideologie und die demokratiefeindlichen Elemente von Verschwörungsmymen in der schulischen und außerschulischen politischen Bildung,
- Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen durch einen „Internetführerschein“ und die Einführung eines Schulfachs Medienkompetenz
- Stärkung der Resilienz von Bürgerinnen und Bürgern, die in ihrem direkten Umfeld mit Verschwörungsmymen konfrontiert werden, durch das Aufzeigen von Handlungs- und Argumentationsmöglichkeiten durch zusätzliche fachspezifische Informations- und Beratungsangebote der Landeszentrale für politische Bildung, des bayerischen Volkshochschulverbandes und des Bayerischen Jugendrings

- Fort- und Weiterbildungsangebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Sicherheitsbehörden über Inhalte, Codes und Wirkungsweisen von Verschwörungsideologien
- Eine Strategie zur Radikalisierungsprävention mit dem Schwerpunkt auf Verschwörungserzählungen und die gezielte Verbreitung von Desinformationen
- Ausbau der Beratungs- und Hilfsangebote insbesondere für Familienangehörige, Partnerinnen und Partner, Freundinnen und Freunde sowie Kolleginnen und Kollegen von Personen, die dabei sind in verschwörungsideologische Milieus abzurutschen
- Verschwörungsideologien, die Hetze verbreiten, indem sie Schuldzuschreibungen für die Corona-Pandemie konstruieren, durch eine gezielte Zusammenarbeit von Akteuren der politischen Bildung, der sozialen Arbeit und der Gesundheitsprävention entgegenzutreten
- Der Gefahr einer Radikalisierung der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen durch eine verstärkte Aufklärung über Ursachen und Folgen der Verbreitung des COVID-19-Virus, sowie eine transparente und faktenbasierte Kommunikation über die Entscheidungsgrundlagen für die getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, zu begegnen.

Begründung:

Gesellschaftliche Krisen und unsichere Zeiten erleichtern die Verbreitung von „Fake News“ und Verschwörungsideologien. Dies zeigt sich auch bei den zahlreichen Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen und durch die rasante Verbreitung von Falschnachrichten im Internet. Unterschiedliche Akteure und Gruppierungen nutzen den Ausnahmezustand, um gezielt Verschwörungsideologen und Falschinformationen vor allem durch soziale Medien zu verbreiten. Seit Ende März finden in zahlreichen Städten Demonstrationen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie statt. Bei den Demonstrationen versammelt sich ein sehr heterogenes Spektrum an Akteuren. Neben Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Bürgerrechte in Gefahr sehen, bildet sich auch eine neue Art von „Querfront“, bestehend aus Verschwörungstheoretikerinnen und -theoretikern, bekannten Rechtsextremen und Rechtspopulistinnen und -populisten, Reichsbürgerinnen und -bürgern sowie Selbstverwalterinnen und -verwaltern, radikalen Impfgegnerinnen und -gegnern und Angehörigen der esoterischen Szene. Sie eint der Glaube, es gäbe eine politisch motivierte Verschwörung hinter der Corona-Pandemie.

Rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen versuchen gezielt, mittels Verschwörungsideologien die Krise zu instrumentalisieren und sich an die Spitze der Bewegung zu setzen. Durch Schuldzuweisungen für die Pandemie spalten sie die Gesellschaft und verbreiten Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierungen sowie andere Formen von Menschenhass. Sie hetzen gegen einzelne Politikerinnen und Politiker, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Journalistinnen und Journalisten sowie Akteure der Zivilgesellschaft und versuchen so die Demokratie zu schwächen und ihre Anhängerschaft zu vergrößern. Die Ereignisse in Berlin während der sog. „Erstürmung des Reichstags“ zeigen, welche gefährliche Dynamik diese Entwicklung annehmen kann.

In der Bewegung sind Verschwörungsideologien über die Entstehung des COVID-19-Virus weit verbreitet. So soll z. B. der Microsoft-Gründer Bill Gates das Virus finanziert haben, um einen bereits vorhandenen Impfstoff global vermarkten zu können. Auch der jüdische US-Milliardär Georg Soros und der Staat Israel werden gerne als Urheber des Virus beschuldigt. Solche Narrative einer geheimen „Weltverschwörung“ mit einem allmächtigen Strippenzieher sind traditionell ein zentrales Motiv antisemitischer Verschwörungstheorien. Rassistischen und antisemitischen Schuldzuweisungen für die Corona-Pandemie muss entschieden begegnet werden.

Gegen ausgrenzende Verschwörungstheorien müssen wir unabhängige Monitoringprojekte und die zivilgesellschaftliche Aufklärungsarbeit stärken. Wir wollen zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen zur Stärkung der Demokratie und gegen Rassismus, Antisemitismus, Verschwörungsmethoden und alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit einem Demokratieförderprogramm besser unterstützen und dauerhaft finanzieren.

Vor dem Hintergrund der schrecklichen Attentate in Halle und Hanau brauchen wir außerdem dringend mehr Forschungsprojekte und wissenschaftliche Erkenntnisse zu neuen Formen der Online-Radikalisierung. Die schulische und außerschulische politische Bildungsarbeit zu den antidemokratischen Dimensionen aktueller Verschwörungsmethoden muss auf allen Ebenen verstärkt werden. Durch eine evidenzbasierte und transparent begründete Politik sowie eine verstärkte Aufklärung über Ursachen und Folgen der Corona-Pandemie muss einer drohenden Spaltung der Gesellschaft und der Gefahr einer Radikalisierung der Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen begegnet werden.